

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M., die Restameisen im Anschlag an reaktionellen Text 70 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M., abzüglich 5% Anzeigenrabatt. — Die Briefgebühren für Druckabnahmen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. monatlich 0,65 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Streuzustellungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 1 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 22981—22983 • Telegramm: Neueste Dresden
Politzsch: Dresden 2060 — Nichtberufene Einblendungen ohne Adressen werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils

Nr. 65

Donnerstag, 17. März 1932

40. Jahrgang

Vertagung der Abrüstungskonferenz

Politischer Burgfrieden wahrscheinlich vom 20. März bis 3. April — Sittler vor dem thüringischen Polizeiausschuß

Auf dem toten Punkt

× Paris, 16. März

Der Agentur Havas wird aus Genf berichtet, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz trotz formeller Aktivität seit dem 2. Februar kaum Fortschritte gemacht hätten, ja gegenwärtig sogar auf einem toten Punkt angelangt seien. Daher schienen auch die Delegationen der Hauptmächte darüber einig zu sein, Ende dieser Woche eine „Cherpause“ einzutreten zu lassen. Hierüber soll Henderson gestern mit Tardieu gesprochen haben.

Um die Vertagung zu begründen, beruft man sich auf die Rückwirkungen, die die Ereignisse im Fernen Osten auf den Völkerbund haben könnten, ferner auf die verschiedenen Wahlen in Deutschland und auf die Kammerwahlen in Frankreich. Diese Gründe sprächen für eine Vertagung um einen Monat. Der Chef der französischen Regierung dürfte aber, wie Havas weiter mitteilt, Henderson erklärt haben, daß Frankreich keinerlei Initiative zur Vertagung der Arbeiten ergreifen werde, sondern daß die in Genf anwesende französische Delegation an allen Beratungen berechtigt sei.

Unterdessen hat das Präsidium der Abrüstungskonferenz heute vorläufig beschlossen, die Konferenzarbeiten Ende dieser Woche zu unterbrechen und erst am 11. April wieder aufzunehmen. Die Vertagung wird also nicht ganz einen Monat betragen. Immerhin kommt auch diese neue hinauszögernde der entscheidenden Beratungen der französischen Wünsche entgegen, denn wenn auch die Havasagentur geflüchteter verbreitet, Frankreich habe keinesfalls die Initiative zu einer Vertagung ergreifen, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß hinter den in den letzten Tagen hart hervortretenden Vertagungs-wünschen französischer Einfluss und französische Rückschlüsse standen.

Die Abrüstungskonferenz tagt nun bereits seit Anfang Februar. Sie hat bisher noch keinerlei praktische Leistung erbracht. Sie bemüht sich vielmehr lediglich, der vorbereitenden Abrüstungskonferenz den Rang streitig zu machen im Kampf um die beste Methode für die Verhinderung einer tatsächlichen Abrüstung. Diese Abrüstungskonferenz ist weiter nichts als eine Konferenz gegen die Abrüstung und wird niemals positive Resultate erzielen können. Seit dem Sommer 1930 wird die endgültige Abrüstung vorbereitet und auch heute noch nach zwölf Jahren ist man tatsächlich ohne allen Gutachten und allen angemessenen Konventionen dem Endziel der Abrüstung um keinen Schritt näher gekommen als im Jahre 1919.

Das Arbeitsprogramm des Reichstabinetts

B. Berlin, 16. März. (Eigener Drahtbericht)

Vor Ostern wird das Reichskabinetts noch ein größeres Arbeitsprogramm zu erledigen haben. Bis zum 20. März muß, wie der Reichsfinanzminister verkündet hat, die Frage der Biersteuererhöhung geregelt sein. Auch mit der

Vollabklärung für Bayern und Württemberg. Die beim Verwaltungsrat der Reichspost auf Schwierigkeiten stößt, wird sich das Kabinetts noch zu befassen haben. Daneben gehen die Erörterungen über das Programm der Arbeitsbeschaffung, zu dem immer neue Vorschläge beibringt werden, weiter. Der Erlaß einer Notverordnung des Reichspräsidenten, die den sogenannten Burgfrieden zu Ostern festlegen soll, steht unmittelbar bevor. Dieser Burgfrieden soll vom 20. März bis zum 3. April dauern. Wie man hört, hat der Kanzler nicht die Absicht, zu dem unumgänglichen Vorschlag Eugenbergs,

die parlamentarische Erledigung der Präsidentschaftsfrage durch eine Reichstagsauflösung zu verkaufen, überhaupt offizielle Stellung zu nehmen. Das geschieht, wie kaum erwähnt zu werden braucht, natürlich im Einklang mit dem Reichspräsidenten. Wägher ist eine Parole für den zweiten Präsidentschaftswahlkampf von den Deutschnationalen noch nicht ausgegeben

Eine Erklärung des Stahlhelms

× Berlin, 16. März

In einer Stellungnahme des offiziellen Pressebüros des Stahlhelms wird zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl u. a. erklärt:

„Der Reichspräsident v. Hindenburg hat am 12. März 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu verzeichnen vermocht. Von der nächsthöchsten Stimmenzahl, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn mehr als sieben Millionen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knapp 100 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und Demokraten genug, um zu behaupten, daß damit Hindenburg praktisch den Sieg im Wahlkampf errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte kein andres Ergebnis zeitigen. Er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen

worden. Es wird lediglich die Behauptung der „D.N.Z.“

dementiert, daß Eugenbergs einen Anlauf für Hitler erlassen werde.

In der Tat ist es ja auch wenig wahrscheinlich, daß sich die Deutschnationalen nun Hitler, der sie so überhandeln hat, an die Brust werfen werden. Vielmehr werden sie sich ebenso verhalten wie der Stahlhelm, der sich an dem zweiten Wahlgang bereits desinteressiert erklärt hat. Immer wieder muß man bedenken, daß bis zu der endgültigen Entscheidung, so sicher das Resultat auch ist, Deutschland von der Präsidentschaftsfrage beherrscht bleiben wird. Das hemmt die Regierung natürlich in ihrer Bewegungsfreiheit auf außenpolitischem Gebiet. Es ist unter solchen Umständen

nicht möglich, daß der Kanzler sich, wie es doch wünschenswert wäre, an den Beirathungen in Genf persönlich beteiligt.

Nach dem 10. April wird dann der Kampf um Preußen enden. Ende April, spätestens Anfang Mai finden die französischen Kammerwahlen statt. Erst dann werden vermutlich die diplomatischen Verhandlungen über Reparationen und Abrüstung wieder in Fluß kommen.

statischen muß, politisch bedeutungslos geworden. Wenn also eine Möglichkeit besteht, um die Formlosigkeit des zweiten Wahlgangs herumzukommen, so haben wir dagegen nichts einzusetzen, obgleich unsere grundsätzlichen Bedenken gegen eine einseitige Verwirklichung der Präsidentschaftsfrage mit parlamentarischen Entscheidungen unverändert fortbestehen.“ Weiter wird erklärt, der Stahlhelm, der seiner nationalsozialistischen Parteibildung zuzunehmen, bleibe rüchungslos bestehen.

Eine Gemeinde stimmt einhellig für Hindenburg

× Jürchensfeldbrunn (Oberbavarn), 16. März

In dem Jürchensfeldbrunn im Bezirk Jürchensfeldbrunn stimmte am Wahlsonntag die ganze Gemeinde für Hindenburg. Von den 99 Stimmberechtigten Einwohnern gaben alle 99 ihre Stimme dem jetzigen Reichspräsidenten.

Deutschland und Tardiens Donauplan

WTB. Berlin, 16. März. (Durch Funkspruch)

Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Sanierung des Donauraumes acht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Disposition für die notleidenden Donauländer mit der französischen Regierung in voller Uebereinstimmung befindet.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsräumens wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Absätzen der landwirtschaftlichen Ueberflüsse aus den südeuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt.

Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden können.

Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsräum auch die großen landwirtschaftlichen Ueberflüsse Europas mit umfassen müssen. Ein auf die Donauländer beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls hart bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihrer Absatzmärkte zur Folge haben. Mit der Verwirklichung einer durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsräumens wird jedoch nicht sobald gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerlässlich ist. Deutschland hat deshalb keinerlei nach Wegen gesucht, um denen die notwendige rasche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen außerordentlichen Krisenzustand geschaffen werden kann

ohne einer späteren Gelamitlung vorzugreifen.

Schon die italienische Regierung hat in ihrer, nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden, Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der schwierigen Situation Österreichs und Ungarns ein Weltfrieden liegt, dessen Befestigung vorrangig erscheint. Desterreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe

dadurch gewährt werden, daß, entsprechend der Anregung des Finanzaußenbüros des Völkerbundes, seine Nachbarländer und andere Staaten

für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen.

Ungarn und den übrigen Donauländern mit überaus agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Ueberflüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Absatzgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden. Die Reichsregierung sieht in einer Einigung aller beteiligten Staaten auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasch wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donauländer. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Desterreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Vorschlag gestellt. Sie hat überdies ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch

Wichtiges von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über die bevorzugte Abnahme von Getreide

aus diesen Ländern schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Maße der Hilfsbereitschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen. Ebenso wie der italienischen Regierung erscheint es schließlich auch der Reichsregierung nicht zweckmäßig, den vorgeschlagenen Meinungs-austausch auf die Vertreter der intereffizierten Donauländer zu beschränken. Da das dringende Bedürfnis darin besteht, den notleidenden Donauländern den Abfluß ihrer Erzeugnisse auf ausnahmsfähigen europäischen Märkten zu erleichtern,

könnte man sich von Abmachungen der Donauländer untereinander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen.

Es liegt vielmehr gerade im Interesse der Donauländer selbst, bei dem Gedankenauflösung von vornherein die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreich, England, Italien, Deutschland, hinzuzuziehen.

Tardieu stößt auf große Schwierigkeiten

Wismutige Berichte in der Pariser Presse — Die üblichen Drohungen gegen Deutschland

Telegramm unseres Korrespondenten

ch. Paris, 16. März

Den neuesten Meldungen aus Genf nach zu urteilen, sind die heftigen Besprechungen Tardiens mit den Vertretern der einzelnen Donauländer über die wirtschaftliche Notorganisation Mitteleuropas nicht so erfolgreich abgelaufen, wie man es sich in den Kreisen am Quai d'Orsay gewünscht hätte. Die Beurteilung der Lage durch die großen französischen Morgenblätter ist alles andere als einseitig. Aus ihren Berichten sprechen jedoch klar und eindeutig enttäuschte Hoffnungen und starker Skeptizismus. Aus der auffallenden Schweigsamkeit aller Beteiligten über den Verlauf der Besprechungen Tardiens will der Genfer Vertreter des „Petit Parisien“ schließen, daß in den letzten Tagen keinerlei besondere Fortschritte gemacht worden sind. Das der Regierung vorliegende Blatt sieht die Hauptschwierigkeiten im Augenblick in der noch ausstehenden Einwilligungserklärung Deutschlands und Italiens zum französischen Memorandum. Erst nach der erfolgten Zustimmung dieser beiden Mächte könnte die Einigung an die Regierungen von Bulgarien, Prag, Budapest und Wien ausgeben, um diese Regierungen zu direkten Wirtschaftsverhandlungen untereinander zu veranlassen.

Der „Matin“ spricht von zwei verschiedenen Interessentkreisen, die in der Donaufrage die Rolle spielen. Die Mächte der Kleinen: Entente, Desterreich und Ungarn und eventuell noch Bulgarien bilden den einen, der andere umschließt Frankreich, Italien, Deutschland, England und in gewissem Maße Polen. Innerhalb beider Kreise herrscht durchaus keine Einigung. Italien sucht Sympathien in Budapest und

Wien. Deutschland verfolge seine alte Politik, die Kleine Entente zu sprengen, indem es Rumänien Vorkaufbehandlung verpriehe. London sei vor allen Dingen besorgt um die in Mitteleuropa angelegten englischen Kapitalien. Aber selbst im Rahmen der Kleinen Entente, so stellt der „Matin“ weiter fest, sei keinerlei Einigkeit vorhanden. Tardieu sei sich über diese großen Schwierigkeiten vollkommen klar. Das Blatt meint weiter, daß einzig wahre Dellmittel für die Donauländer bestünde in billigen Krediten, die aber angesichts des großen Risikos niemand geben möchte. Vertinax im „Echo de Paris“ richtet eine Mahnung an Deutschland, sich nicht zu unzugänglich zu zeigen und sucht Berlin mit der Drohung gefügig zu machen, daß der wirtschaftliche Anin der Nachbarstaaten auch Deutschland schwer treffen würde. Ohne Donauorganisation im Sinne Frankreichs sei keine Unterstützung für die Donauländer möglich.

Optimistisches Urteil Amerikas

Sonderaufsatz des Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 16. März. (Durch United Press.) Der Wochenbericht des Handelsministeriums über die Weltwirtschaftslage erklärt, daß sich sowohl in England wie in Deutschland eine anhaltende Besserung ankündigt. In Frankreich erleihe die Wirtschaftslage jedoch eine fortschreitende Verschlechterung.